

Wie ungleich ist Deutschland?

(Max Löffler und Udo Philipp, BAG Wirtschaft & Finanzen, Bündnis 90/Die Grünen, 15. Februar 2015)

Seit dem Ausbruch der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2007 und der darauffolgenden großen Rezession ist die Verteilungsfrage wieder in aller Munde. Mit dem symbolträchtigen Schlachtruf „We are the 99 %“ brachte die Occupy-Bewegung zum Ausdruck, was viele auch vorher schon gespürt hatten: dass sich die Schere zwischen Arm und Reich wieder öffnet und eine reiche ökonomische Elite sich zunehmend vom Rest der Gesellschaft abkoppelt. Der Hype um die Veröffentlichung von Thomas Pikettys Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ ist nur ein weiteres Indiz für das enorm gestiegene Interesse an der Verteilung von Einkommen und Vermögen.

In der öffentlichen Debatte geraten dabei häufig gefühlte und reale Ungleichheiten durcheinander. Zwar gab es auch in Europa etwa seit Mitte der 1980er Jahre eine starke Zunahme der Ungleichheit, aber im Vergleich zu den USA ist die Entwicklung zumindest bisher deutlich langsamer. Gleichzeitig kursieren praktisch wöchentlich neue Zahlen – etwa wie viel Prozent der Gesellschaft über welchen Teil des Gesamtvermögens verfügen oder ab welchem Einkommen jemand als arm oder reich gilt. Je nach politischer Ausrichtung belegen diese Zahlen dann drastische Anstiege in der Ungleichheit oder aber, dass alles gar nicht so schlimm sei.

Die politische Diskussion über die Notwendigkeit und die Ausrichtung einer (neuen) Verteilungsdebatte sollte sinnvollerweise auf einer soliden Zahlengrundlage basieren. Eine solche Grundlage wollen wir mit diesem Hintergrundpapier bieten. Wir gehen der Frage nach, wie ungleich Deutschland ist und wie sich die Ungleichheit in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat. Wir geben einen Überblick über zentrale Ergebnisse und die (beste) verfügbare empirische Evidenz zur Verteilung von Löhnen, Einkommen, Vermögen und Erbschaften. Dabei diskutieren wir auch Lücken ebenso wie Probleme in der Datenlage. Mangels verlässlicher Datenquellen lassen sich zahlreiche spannende Fragen jedoch nur unbefriedigend und teils gar nicht seriös beantworten.

Verteilung von Löhnen und Einkommen

Der erste große Strang in der Verteilungsdiskussion betrifft die Ungleichheit von Löhnen und Einkommen. Eine Zunahme der Einkommensungleichheit wurde in den letzten Jahren vielfach dokumentiert – etwa von der OECD, dem Sachverständigenrat oder auch seitens der Bundesregierung im Armuts- und Reichtumsbericht. Auch Piketty (2014) dokumentiert lesenswert die global steigende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen in den letzten Jahrzehnten.

Die verwendeten Maßzahlen insbesondere in der deutschen Debatte beziehen sich jedoch meistens auf Haushaltsbefragungen mit vergleichsweise kleinen Stichproben. Auf Grundlage dieser Daten können zwar grobe Aussagen über breite Bevölkerungsschichten getroffen werden, detaillierte und präzise Verteilungsanalysen sind jedoch häufig schwierig, da die Ergebnisse stark von der Zuverlässigkeit der (freiwilligen) Angaben und der Repräsentativität der im Datensatz verwendeten Hochrechnungsfaktoren abhängen. Wesentlich verlässlichere Erkenntnisse insbesondere zur Verteilung von Löhnen und Einkommen lassen sich auf Grundlage so genannter administrativer Prozessdaten gewinnen, die seitens der Sozialversicherungen und der Finanzverwaltungen praktisch für die gesamte Bevölkerung erhoben werden und so einen repräsentativen und detaillierten Überblick über der Entwicklung von Löhnen und Einkommen in Deutschland geben. Im Folgenden stellen wir zentrale Ergebnisse vor.

Ergebnis 1: Die Lohnungleichheit in Deutschland hat seit den 1980er Jahren deutlich zugenommen. Die reichere Hälfte der Beschäftigten konnte von 1980 an überdurchschnittliche Lohnzuwächse verbuchen. Seit Anfang der 1990er Jahre stagnieren die Löhne der Mittelschicht, im unteren Bereich sind die Reallöhne seit 1990 um bis zu 5 % gesunken.

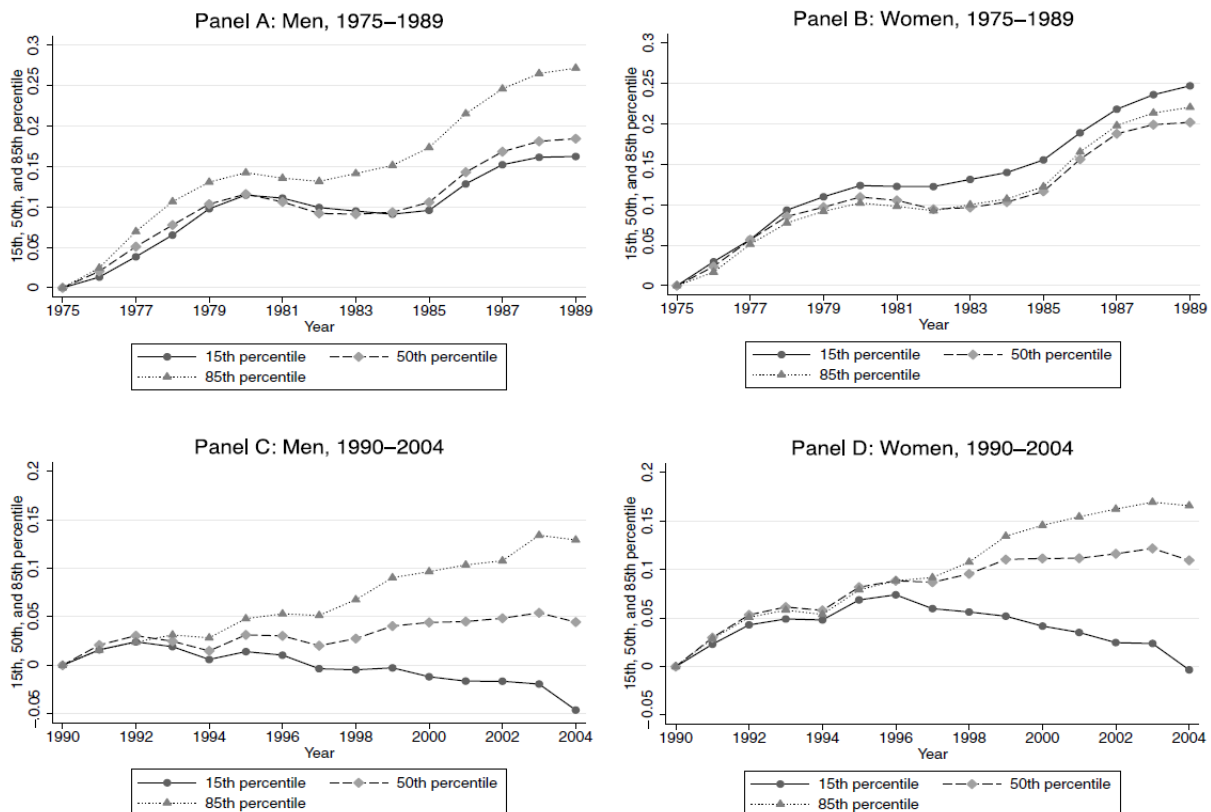


Abbildung 1: Prozentuale Reallohnzuwächse des 15 %, 50 % und 85 %-Perzents vor und nach der Wende für Männer und Frauen. Basisjahr ist jeweils 1975 (im oberen Panel) bzw. 1990 (unten). Hier dargestellt ist zur besseren Vergleichbarkeit nur die Entwicklung für Vollzeitbeschäftigte in Westdeutschland. Quelle: Dustmann et al. (2009), S. 851.

Dustmann et al. (2009) nutzen Daten der Sozialversicherungsträger, um die Lohnentwicklung zwischen 1975 und 2004 zu untersuchen. Die Ergebnisse basieren auf einer repräsentativen 2 %-Stichprobe aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland. Der Nachteil dieser Daten ist, dass aufgrund der Beitragsbemessungsgrenze die Entwicklung im Bereich der höchsten Einkommen nicht näher betrachtet werden kann. Es ist also möglich, dass die oberen 10 oder 5 Prozent der Verteilung noch höhere Lohnzuwächse verbucht haben. Ein weiterer Nachteil dieser Daten ist die Einschränkung auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, Selbstständige und Beamte sind also ebenso wie Arbeitslose nicht in den Daten enthalten.

In Abbildung 1 sind jeweils Perzentil-Werte angegeben. Angenommen alle Beschäftigten stellten sich nach der Höhe ihres Einkommens nebeneinander, dann würde das 85 %-Perzentil das Einkommen angeben, ab dem die reichsten 15 Prozent der Gesellschaft beginnen. Wer weniger als das 15 %-Perzentil verdient, gehört zu den ärmsten 15 Prozent. Man sieht, dass die Löhne des 85. Perzentsils zwischen 1975 und 1989 um über 25 Prozent gewachsen sind, wohingegen die Löhne des 15. Perzentsils nur um gut 15 Prozent gewachsen sind. In der Zeit nach der Wiedervereinigung wird deutlich, dass die (realen) Löhne der Geringverdiener sogar rückläufig waren. Dustmann et al. argumentieren, dass 28 Prozent dieses Lohnverlustes im unteren Bereich der Lohnverteilung auf die stark gesunkene Bedeutung von Gewerkschaften, Tarifbindung und Tarifverträgen zurückzuführen sind.

Ergebnis 2: Die Ungleichheit von Lebenseinkünften ist stark angestiegen. Während die Lebenseinkünfte der reichsten 20 Prozent überproportional angestiegen sind, sinken die Lebenseinkünfte der untersten 20 Prozent der nach 1965 Geborenen. Zwischen den Geburtskohorten 1935 und 1972 hat sich die Ungleichheit der Lebenseinkünfte verdoppelt.

Ergänzend zur statischen Betrachtung der Lohnverteilung in einem bestimmten Jahr sollte auch die Verteilung der Lebenseinkommen betrachtet werden. In einer durchlässigen Gesellschaft kann es immer wieder Schicksalsschläge, Perioden von geringem Einkommen oder Arbeitslosigkeit geben. Genauso kann man Glück haben und kurzfristig besonders gut bezahlte Jobs ausüben. Problematisch ist nur, wenn immer wieder dieselben Personen arbeitslos werden oder immer wieder dieselben Personen hohe Boni beziehen. Bönke et al. (2015) untersuchen die Lebenseinkommen der Geburtsjahrgänge 1935 bis 1969 auf der Grundlage von Rentenversicherungsdaten. In der Tat sind Lebenseinkommen typischerweise deutlich gleichverteilt als bei statischer Betrachtung in jedem Jahr. Doch auch die Ungleichheit der Lebenseinkünfte hat in Deutschland stark zugenommen.

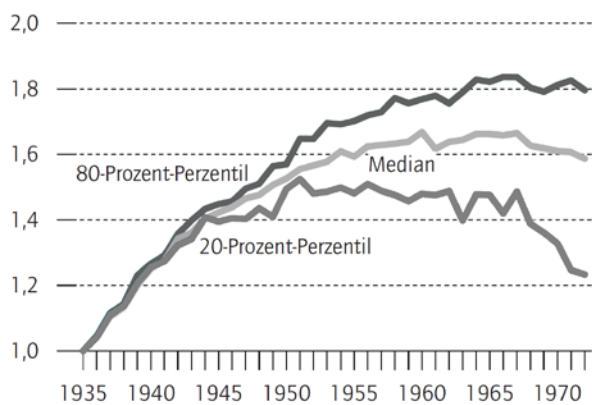


Abbildung 2: Entwicklung der realen Lebenseinkommen nach Einkommensgruppen und Geburtsjahrgängen im Verhältnis zum Lebenseinkommen der 1935 geborenen Kohorte. Gezeigt wird die Entwicklung der summierten Lebenseinkommen bis zum Alter von 40 Jahren.
Quelle: Bönke und Lüthen (2014), S. 1275.

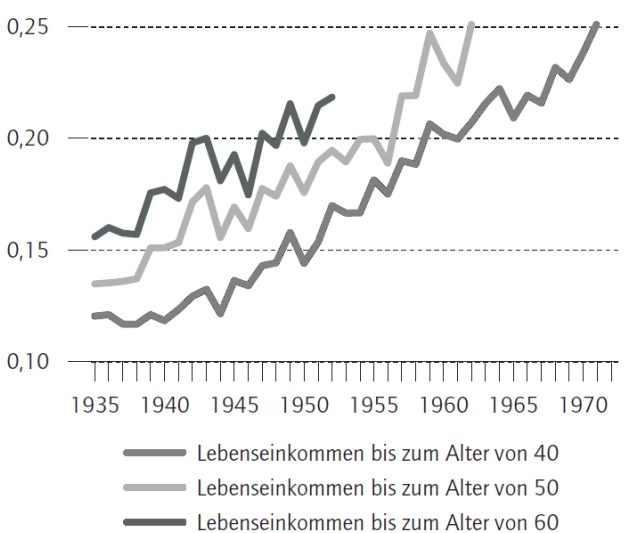


Abbildung 3: Ungleichheit der Lebenseinkommen nach Messzeitpunkt und Geburtsjahrgängen ausgedrückt durch Gini-Koeffizienten. Quelle: Bönke und Lüthen (2014), S. 1274.

Bönke et al. (2015) und Bönke und Lüthen (2014) zeigen, dass die Lebenseinkommen der Geburtsjahrgänge seit 1935 bis in die 1960er Jahre immer weiter angewachsen sind (Abbildung 2). Für die Jahrgänge ab den 1960er Jahren stagnieren die mittleren Einkünfte (Median), die Einkommen der 20 Prozent Bestverdienenden (80-Prozent-Perzentil) steigen nur noch leicht, die Löhne der unteren 20 Prozent aller abhängig Beschäftigten sind seit den Geburtskohorten ab Mitte der 1960er Jahre sogar stark rückläufig. Während die Bestverdienenden in der Geburtskohorte 1972 ein um 80 Prozent höheres Lebenseinkommen genießen konnten als die in 1935 geborenen Gutverdiener, konnten die Geringverdiener der 1972er Kohorte nur um gut 20 Prozent zulegen. Die Lohnungleichheit bezogen auf das gesamte Arbeitslebens hat also deutlich zugenommen. Die Lebenseinkommen der in den 1970er Jahren geborenen Generation sind mit einem Gini-Koeffizienten von 0,25 schon jetzt doppelt so ungleich verteilt wie die Lebenseinkommen ihrer Elterngeneration (deren Gini-Koeffizient lag bei 0,12, siehe Abbildung 3). Bönke et al. konzentrieren sich in ihren Analysen auf westdeutsche Männer, so dass die Zunahme der Ungleichheit nicht etwa durch verstärkt Teilzeit arbeitende Frauen erklärt werden kann. Die Hauptursachen für die zunehmende Ungleichheit der Lebenseinkommen sehen die Autoren in häufigeren und längeren Zeiten von Arbeitslosigkeit speziell für Beschäftigte im unteren Einkommensbereich sowie die allgemeine Spreizung der Lohneinkünfte wie oben dargestellt.

Ergebnis 3: Die höchsten Einkommen sind in Deutschland seit Mitte der 1980er Jahre überproportional gestiegen. Die einkommensreichsten 0,1 Prozent aller Haushalte verfügen über mehr als 5 Prozent der Gesamteinkünfte in Deutschland. Parallel dazu ist die effektive Steuerbelastung im Bereich der Spitzeneinkommen deutlich gesunken.

Die bisherigen Ergebnisse zeigen einen deutlichen Trend hin zu mehr Ungleichheit, aber sie erlauben nur Rückschlüsse für einen Teil der Bevölkerung. Zwar geben die Daten der Sozialversicherungen einen guten Eindruck von der gestiegenen Ungleichheit in der Mittelschicht, Selbstständige und Beamte werden jedoch ebenso wie Arbeitslose nicht erfasst. Auch die Entwicklung der Spitzeneinkommen lässt sich aufgrund der Beitragsbemessungsgrenzen nicht im Detail betrachten. Um diese Nachteile zu umgehen und die Einkommenskonzentration im obersten Einkommensbereich zu untersuchen werden in der internationalen Literatur häufig Daten der Lohn- und Einkommensteuer verwendet. Im Gegensatz zu Sozialversicherungsdaten sind die Spitzeneinkommen dort sehr gut erfasst.

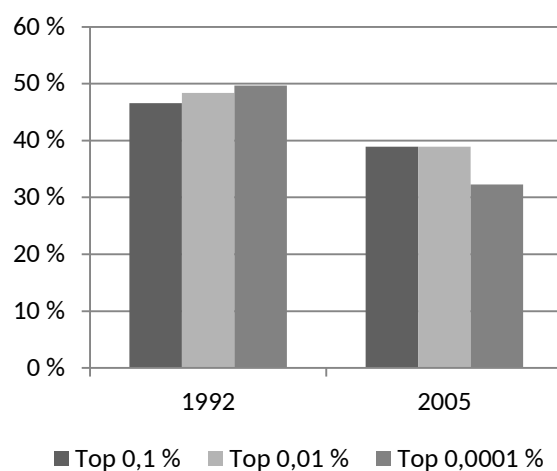
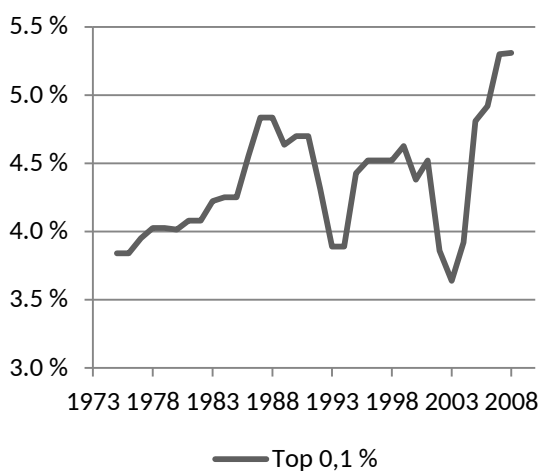


Abbildung 4: Prozentuale Anteile der reichsten Haushalte am Gesamteinkommen aller Haushalte in Deutschland. Quelle: Dell (2005), Bartels und Jenderny (2014), S. 29.

Abbildung 5: Effektive Durchschnittssteuersätze der reichsten Haushalte in Prozent ihrer gesamten Einkünfte (Einkommen- und Gewerbesteuer). Quelle: Bach et al. (2013).

Dell (2005) und Bartels und Jenderny (2014) zeigen anhand dieser Daten, dass die einkommensreichsten 0,1 Prozent aller Haushalte ihren Anteil am Gesamteinkommen in Deutschland von knapp 3,8 Prozent in 1975 auf über 5,3 Prozent in 2008 gesteigert haben (Abbildung 4). Diese Gruppe umfasst etwa 40.000 Haushalte, die im Jahr 2008 mehr als 530.000 Euro und im Schnitt sogar 1,5 Mio. Euro Einkommen erzielt haben. Getrieben wurde diese Veränderung insbesondere durch die ökonomische Elite der reichsten Haushalte. Die reichsten 0,01 Prozent der Haushalte mit Jahreseinkommen von über 2,5 Millionen Euro (in 2008) konnten ihren Anteil im gleichen Zeitraum auf etwa 2,4 Prozent fast verdoppeln. Während die Konzentration am oberen Ende der Einkommensskala bis in die 1970er Jahre rückläufig war, steigt die Einkommensungleichheit seitdem trotz episodischer Einbrüche wie nach dem Platzen der Dotcom-Blase wieder spürbar an. Bach et al. (2013) zeigen, dass parallel dazu die durchschnittliche Steuerbelastung der Spitzeneinkommen stark gesunken ist (Abbildung 5). Ursache dafür sind sowohl die im Zuge der Steuerreform 2000 stark gesenkten Spitzensteuersätze als auch deutlich höhere Abzüge bei der Berechnung des zu versteuernden Einkommens.

Bartels und Jenderny (2014) zeigen, dass auch die Wirtschaftskrise ab 2009 den Konzentrationsprozess kurzzeitig abgedämpft, aber nicht aufgehalten hat. Durch die Einführung der Abgeltungsteuer, wonach Kapitaleinkommen nur noch mit 25 Prozent statt gemäß dem regulären Einkommensteuertarif versteuert werden müssen, ist die effektive Belastung der Spitzenverdiener weiter gesunken.

Ergebnis 4: Auch die Ungleichheit der verfügbaren Haushaltsnettoeinkommen ist angestiegen. Zwar wurde ein Teil der gewachsenen Lohn- und Einkommensungleichheit durch das Steuer- und Transfersystem abgeschwächt, insbesondere zwischen 2000 und 2005 hat die Ungleichheit jedoch signifikant zugenommen.

Alle bislang diskutierten Zahlen bezogen sich auf Bruttolöhne oder Markteinkommen. Durch die progressive Einkommensteuer und zahlreiche staatliche Transferleistungen wie das Arbeitslosen-, Wohn- oder Kindergeld geben diese Zahlen jedoch nur einen unzureichenden Eindruck von der Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen. Schon intuitiv ist klar, dass die Verteilung der Bruttoeinkommen ungleicher ist als die der verfügbaren Einkommen nach Berücksichtigung von Steuern, Sozialabgaben und Transferzahlungen. Das gängigste Ungleichheitsmaß bezogen auf die verfügbaren Haushaltseinkommen ist der Gini-Koeffizient, der bei völliger Gleichheit den Wert 0 und bei absoluter Ungleichverteilung den Wert 1 annimmt – wenn ein Haushalt das gesamte Einkommen verfügt. Die typische Bandbreite des Gini-Koeffizienten in den industrialisierten Ländern erstreckt sich von 0,25 in Skandinavien bis 0,38 in den USA. Deutschland liegt mit 0,29 im Mittelfeld, vergleichbar mit Frankreich und Polen (jeweils 0,30) oder der Schweiz (0,29).

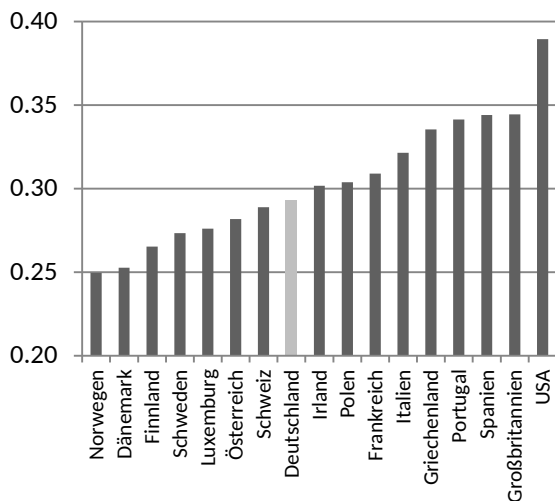


Abbildung 6: Gini-Koeffizienten des äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommens für ausgewählte OECD-Länder im Jahr 2011. Quelle: OECD.Stat (2015).

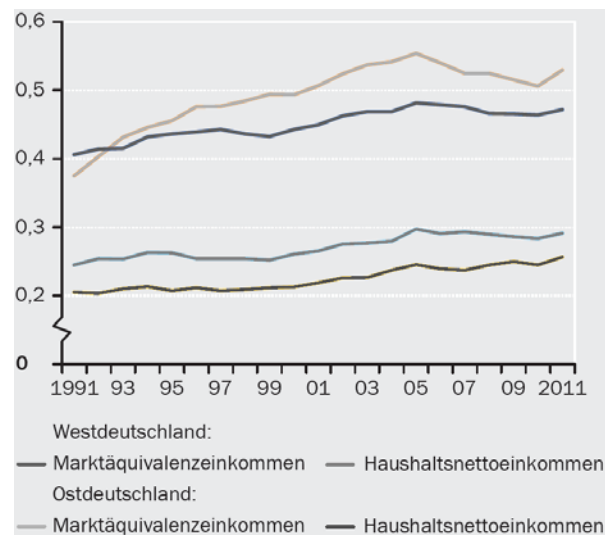


Abbildung 7: Gini-Koeffizienten der Markteinkommen und verfügbaren Nettoeinkommen in Ost und West. Quelle: Sachverständigenrat (2014), S. 372.

Das DIW Berlin ermittelt auf Basis einer Befragung von gut 11.000 Haushalten regelmäßig die Ungleichheit von Markteinkommen und verfügbaren Nettoeinkommen in Deutschland. Wie die Darstellung des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2014) zeigt, hat sowohl die Ungleichheit vor als auch nach Berücksichtigung von Steuern, Abgaben und Transferleistungen seit Anfang der Neunziger deutlich zugenommen.

Der stärkste Anstieg fällt dabei grob in den Zeitraum zwischen 2000 und 2005. Während der Gini-Koeffizient der verfügbaren Nettoeinkommen zur Jahrtausendwende auch in Deutschland bei etwa 0,25 lag, ist er innerhalb der nächsten fünf Jahre auf knapp 0,30 gestiegen. Die Ursachenanalyse von Biewen und Juhasz (2012) legt nahe, dass ein großer Teil der gestiegenen Ungleichheit auf wachsende Lohnungleichheit, zunehmende Arbeitslosigkeit, geänderte Beschäftigungsverhältnisse und Änderungen im Steuersystem zurückzuführen ist. Auch demografische Änderungen wie die steigenden Anteile von Singlehaushalten und Haushalten mit Alleinerziehenden spielen eine gewisse wenn auch untergeordnete Rolle wie Peichl et al. (2012) auf Basis der gleichen Daten zeigen.

Verteilung von Vermögen und Erbschaften

Neben der Verteilung von Löhnen und Einkommen ist die Vermögensverteilung der zweite wichtige Strang in der Verteilungsdiskussion. Leider ist die Datengrundlage hier noch schlechter als mit Blick auf die Einkommensverteilung. Seit dem Auslaufen der Vermögensteuer Mitte der 1990er Jahre gibt es keinerlei administrative Daten über die Vermögen in Deutschland mehr. Die verfügbaren Zahlen stammen aus Haushaltsbefragungen mit kleinen Stichproben und sind dementsprechend mit Vorsicht zu genießen. In der Regel werden diese Zahlen die tatsächliche Vermögensungleichheit noch unterschätzen, da Haushaltsbefragungen wie bereits erwähnt kaum repräsentativ sein können für die reichsten Haushalte in Deutschland. Auf Basis der vorhandenen Daten aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) des DIW und dem Eurosystem Household Finance and Consumption Survey (HFCS) der EZB lassen sich jedoch einige Erkenntnisse ableiten. Diese stellen wir im Folgenden dar.

Ergebnis 5: Nach einem Einbruch durch die beiden Weltkriege und die Weltwirtschaftskrise sind die Vermögen der privaten Haushalte in Deutschland seit den 1950er Jahren wieder deutlich angewachsen. Über die Hälfte des gesamten Privatvermögens in Deutschland besteht inzwischen aus Grundstück- und Immobilienvermögen.

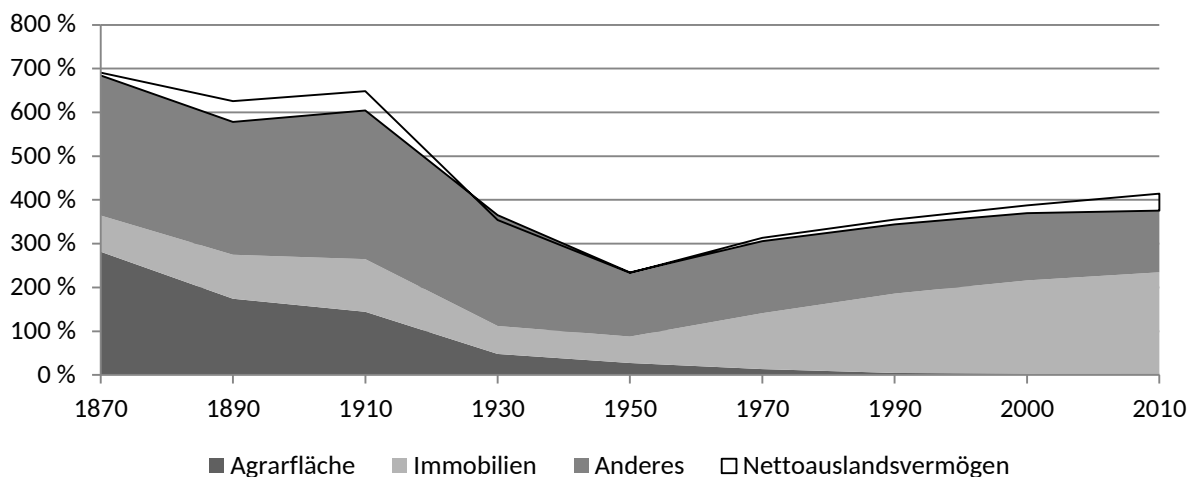


Abbildung 8: Vermögensbestand privater Haushalte nach Vermögensart im Verhältnis zum jährlichen Primäreinkommen (vergleichbar zum Volkseinkommen) in Deutschland. Quelle: Piketty (2014), S. 141.

Im 19. Jahrhundert bis zum Ausbruch des ersten Weltkriegs war der Vermögensbestand in den industrialisierten Ländern stabil bei etwa dem Sechsfachen des Primäreinkommens (vergleichbar zum Volkseinkommen). Es hätte also etwa sechs Jahreseinkommen gebraucht, um das gesamte Vermögen zu ersetzen. Durch die Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren und die beiden Weltkriege wurde das Privatvermögen in vielen Ländern stark reduziert, so dass im Jahr 1950 die Privatvermögen auf das Doppelte des Volkseinkommens geschrumpft waren. Der Stand von der Jahrhundertwende 1990 ist zwar noch nicht wieder erreicht, aber man erkennt einen klaren Trend zu steigenden Vermögen seit Mitte der 1950er Jahre. Es wird deutlich, dass sich nicht nur die Höhe, sondern auch die Zusammensetzung der Privatvermögen stark verändert hat. Während im 19. Jahrhundert der Besitz von landwirtschaftlichen Flächen entscheidend war, macht heute Grund- und Immobilienvermögen den Großteil des Privatvermögens aus. Vergleichbare Trends finden sich in anderen Industrienationen.

Abbildung 8 gibt zwar einen Eindruck von der Bedeutung privaten Kapitals für die gesamte Volkswirtschaft, sagt aber nichts über die Verteilung innerhalb der Bevölkerung aus.

Ergebnis 6: Die Vermögen sind deutlich ungleicher verteilt als Löhne und Einkommen.

Vermögen sind typischerweise deutlich ungleicher verteilt als Einkommen – Deutschland ist insofern keine Besonderheit. Der durchschnittliche Gini-Koeffizient der Einkommensverteilung in der OECD liegt bei 0,30. Bezogen auf die Verteilung der Vermögen liegt der durchschnittliche Gini-Koeffizient bei 0,63 und ist damit mehr als doppelt so hoch. Ein entsprechendes Bild zeichnet sich auch in Deutschland ab. Während der Gini-Koeffizient für verfügbare Nettoeinkommen bei 0,29 liegt, kommt die Vermögensverteilung in Deutschland auf 0,76 Gini-Punkte. Ähnlich wie die Einkommen hängt auch der Vermögensbesitz stark mit dem Alter zusammen, da Vermögen häufig über den Lebensverlauf angespart werden. Die verfügbaren Daten lassen jedoch keine Schlüsse bzgl. der Vermögensungleichheit über den Lebenshorizont zu, sondern erlauben nur jährliche Betrachtungen.

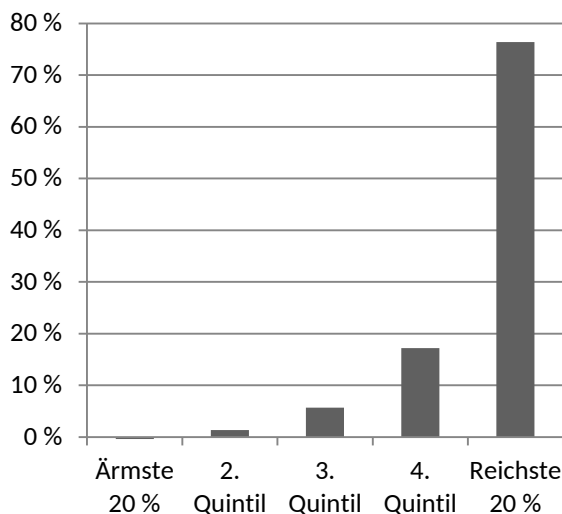


Abbildung 9: Anteile der Vermögensquintile am Gesamtvermögen in Deutschland. Quelle: HFCS (2010/2011).

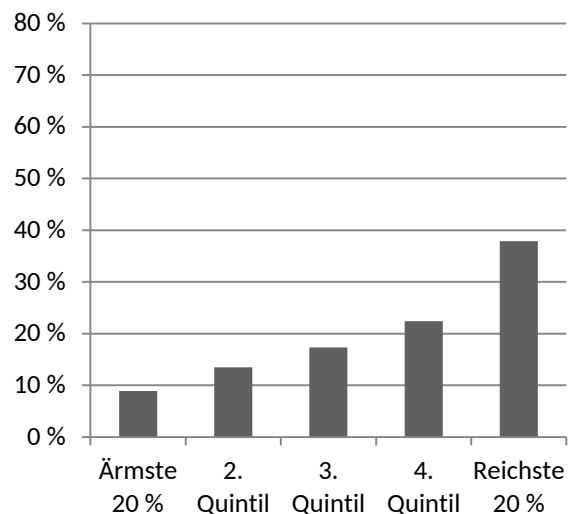


Abbildung 10: Anteil der Einkommensquintile am gesamten Haushaltsnettoeinkommen in Deutschland in 2011. Quelle: Sachverständigenrat (2014), S. 374.

Die untersten 20 Prozent der Bevölkerung in Deutschland verfügen über keinerlei positives Vermögen, die Schulden übersteigen sogar leicht die Vermögenswerte. Das zweite Quintil besitzt durchschnittlich 13.100 Euro, das mittlere Quintil 55.600 Euro, das 4. Quintil 334.200 Euro und die reichsten 20 Prozent besitzen im Schnitt 745.700 Euro Nettovermögen. Die ärmeren 60 Prozent der Deutschen können also lediglich 7 Prozent des gesamten Vermögens in Deutschland auf sich vereinen, während sie zumindest über 40 Prozent der Einkommen verfügen. Die reichsten zwanzig Prozent der Gesellschaft besitzen drei Viertel der Vermögen. Nicht jeder Gutverdiener besitzt auch ein hohes Vermögen und nicht alle Vermögenden zählen zu den Spitzenverdienern. Die Daten des HFCS zeigen jedoch, dass die einkommensreichsten Haushalte im Schnitt auch das meiste Vermögen besitzen.

Wie erwähnt stehen Haushaltsbefragungen in der Gefahr die tatsächliche Vermögensungleichheit zu unterschätzen, da nicht alle Angeschriebenen antworten und nicht alle Befragten alle Fragen (zutreffend) beantworten. Bach et al. (2014a) kombinieren Daten der SOEP-Haushaltsbefragung mit offiziellen Finanz- und Vermögensstatistiken sowie Zahlen des Manager Magazins zu den Vermögen der 300 reichsten Deutschen und nähern sich so der tatsächlichen Verteilung im Bereich der Spitzenvermögen an. Ihre Zahlen zeigen, dass dem reichsten Prozent aller Menschen in Deutschland etwa 35 Prozent des gesamten deutschen Privatvermögens gehören. Allein die reichsten 0,1 Prozent der Gesellschaft verfügen über mehr als 22 Prozent des Gesamtvermögens. Vermeulen (2014) kommt mit den HFCS-Befragungsdaten und der Forbes-Reichenliste auf sehr ähnliche Zahlen (Abbildung 12).

Ergebnis 7: Die Vermögen sind in Deutschland deutlich ungleicher verteilt als in den meisten anderen Ländern der Eurozone. Das reichste Prozent aller deutschen Haushalte vereint etwa ein Drittel des gesamten Nettovermögens in Deutschland auf sich.

Auch wenn es nicht ungewöhnlich ist, dass Vermögen deutlich ungleicher verteilt sind als die Einkommen, liegt Deutschland in Sachen Vermögensungleichheit sogar an der Spitze der Euroländer. Mit der HFCS-Befragung hat die EZB erstmalig eine vergleichbare Datenbasis zur Vermögenssituation in zahlreichen europäischen Ländern durchgeführt. Auch wenn die Zahl der befragten Haushalte verhältnismäßig gering ist, lassen sich auf dieser Grundlage zumindest erste vergleichende Analysen zwischen den Ländern der Eurozone anstellen.

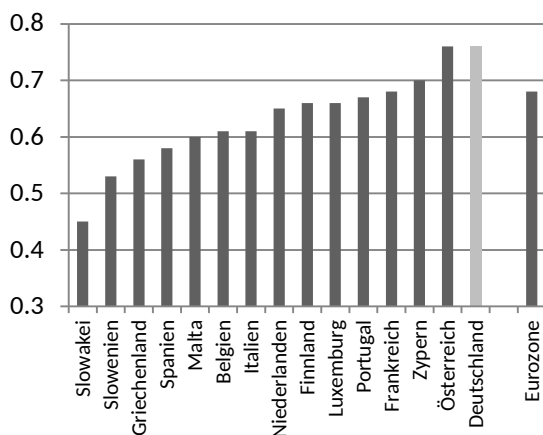


Abbildung 11: Gini-Koeffizienten der Nettovermögensverteilung in den Ländern der Eurozone gemäß HFCS 2010/2011. Quelle: Bezrukovs (2013), S. 40.

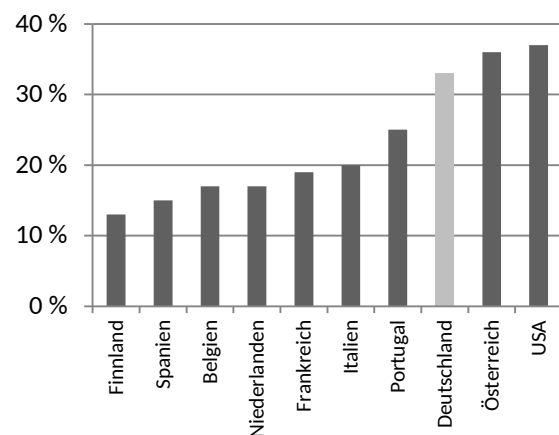


Abbildung 12: Prozentualer Anteil des reichsten 1 Prozents aller Haushalte am Gesamtvermögen in ausgewählten Ländern der OECD. Quelle: Vermeulen (2014), S. 29.

Man sieht direkt, dass die Vermögen in allen untersuchten Ländern deutlich ungleicher verteilt sind als Löhne und Einkommen. Während der Gini-Koeffizient der Einkommensverteilung in europäischen Vergleich bei etwa 0,30 liegt, weist die Vermögensverteilung innerhalb der Eurozone einen Gini-Koeffizienten von 0,68 auf. Die starke Ungleichheit der Vermögensverteilung in Deutschland wird besonders deutlich, wenn man nicht nur Einkommen und Vermögen innerhalb Deutschlands vergleicht, sondern die deutsche Vermögensungleichheit in den europäischen Kontext setzt (Abbildung 11). Mit einem Gini-Index von 0,76 liegt Deutschland unter den von der EZB untersuchten Ländern an der Spitze in Sachen Vermögensungleichheit. Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man den prozentualen Anteil des reichsten Prozents aller Haushalte am Gesamtvermögen eines Landes betrachtet (Abbildung 12). Während das reichste 1 Prozent der finnischen Haushalte „nur“ 13 Prozent des Vermögens in Finnland auf sich vereint, ist dieser Anteil in Deutschland fast dreimal so hoch. Das reichste Prozent aller deutschen Haushalte verfügt über etwa ein Drittel des gesamten Vermögens. Im Vergleich zu anderen Ländern zeigt sich, dass die größten Vermögen in Deutschland ähnlich stark konzentriert sind wie in Österreich oder den USA.

Besonders deutlich wird dies auch bei der Betrachtung des Medianvermögens. Zwar hat statistisch betrachtet jeder Deutsche ein durchschnittliches Vermögen von 195.200 Euro, dieser Wert wird aber durch die Superreichen massiv nach oben verzerrt. Interessanter ist deshalb, über welches Vermögen z.B. der Durchschnittshaushalt verfügt, das so genannte Medianvermögen. Der Medianwert liegt gerade mal bei 51.400 Euro und ist in keinem anderen untersuchten Land so niedrig wie in Deutschland. 50 Prozent der deutschen Haushalte verfügen also über weniger als 51.400 Euro Vermögen. In keinem anderen Land der Eurozone ist die Diskrepanz zwischen Median und Durchschnitt so extrem.

In der deutschen Presse wurden die Zahlen bzgl. des niedrigen Medianvermögens und der hohen Vermögensungleichheit in Deutschland im Vergleich zu den anderen Ländern der Eurozone mit großer Skepsis aufgenommen. In der Kritik wurde insbesondere auf die bessere Altersversorgung in Deutschland verwiesen, die in den meisten Vermögensstatistiken außen vor bleibt, da Rentenansprüche nicht explizit betrachtet werden. Zwar sind diese Ansprüche nicht direkt vergleichbar mit sonstigen Vermögen, aber um ein vollständiges Bild der Ungleichheit zu erhalten müssten sie eingerechnet werden. Ein zentraler Grund für den Aufbau von Vermögen ist schließlich die Altersvorsorge. Insbesondere Selbständige, Beamte oder Angestellte mit einem Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze, müssen privat vorsorgen, wenn sie auch im Alter ihren Lebensstandard halten möchten. Angesichts der aktuell niedrigen Zinsen ist dafür ein umso größeres Vermögen notwendig. Wenn sich etwa ein Ehepaar mit je 1.500 Euro monatlicher Rente ab dem 65. Lebensjahr absichern möchte, müsste dazu derzeit ein Vermögen von über einer Million Euro angespart werden – und die Inflation ist dabei noch nicht einmal einberechnet (laut Allianz Privatfortrente-Rechner).

Die Berücksichtigung der Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung dämpft die Vermögensungleichheit deshalb ab (Frick und Grabka, 2010). Die hohe Konzentration der Vermögen in Deutschland im Vergleich zur restlichen Eurozone lässt sich allein dadurch jedoch nicht erklären. Der Hintergrund dessen ist auch, dass das deutsche Rentensystem sich international nicht durch besondere Großzügigkeit auszeichnet. Im Gegenteil sind die erwarteten Rentenzahlungen in Deutschland im internationalen Vergleich sogar verhältnismäßig gering. Das gilt insbesondere für Geringverdiener.

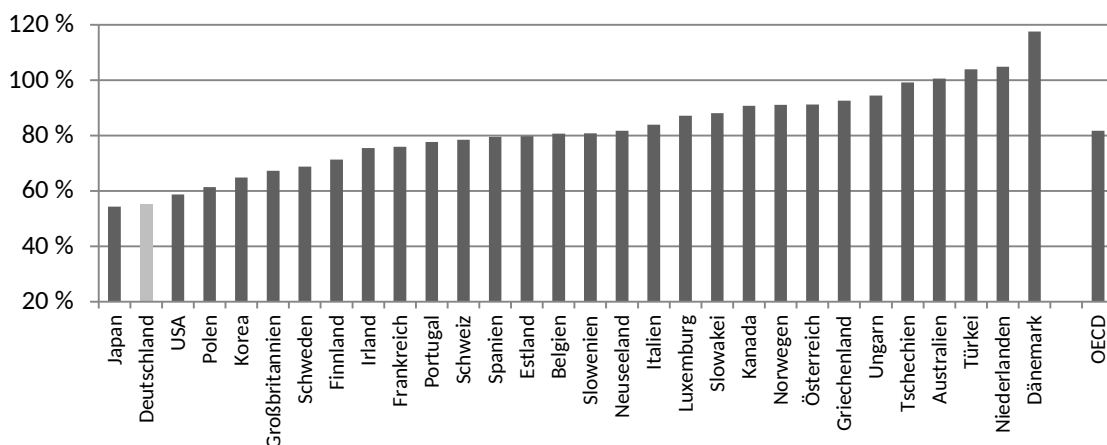


Abbildung 13: Rentenzahlungen im Vergleich zum Nettoeinkommen eines Mannes mit 50 Prozent des nationalen Durchschnittseinkommens für ausgewählte Länder der OECD. Quelle: OECD (2013), S. 141.

Abbildung 13 zeigt, dass deutsche Angestellte mit 50 Prozent des Durchschnittseinkommens nur etwa 55 Prozent ihres Lebensstandards halten können, sobald sie in die Rente eintreten. Deutschland steht damit im OECD-Vergleich relativ schlecht dar. Im Gegensatz dazu ist die Ersatzrate für Angestellte mit höheren Einkommen in Deutschland höher. An den Vermögen von Geringverdienern würde sich also vergleichsweise wenig ändern, wenn zusätzlich Rentenansprüche berücksichtigt würden.

Neben der angeblich besseren Altersversorgung wurde häufig auch die künstliche Aufblähung der Vermögen infolge nationaler Immobilienblasen in einigen Euro-Ländern als Ursache für die verhältnismäßig geringen Vermögen in Deutschland genannt. Die Immobilienblase hat tatsächlich eine sichtbare Auswirkung. Allerdings bleibt der deutsche Median laut EZB auch dann deutlich niedriger als in den meisten anderen Ländern, wenn dieser Immobilieneffekt herausgerechnet wird.

Ergebnis 8: Das Erbschaftsvolumen ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Parallel dazu ist die Belastung großer Vermögenserwerbe durch die Erbschaft- und Schenkungsteuer deutlich gesunken. Die große Masse des übertragenen Vermögens im Jahr 2013 hat sich auf relativ wenige Erbschafts- bzw. Schenkungsfälle konzentriert.

Erst Ende Dezember hat das Bundesverfassungsgericht die derzeitige Erbschaft- und Schenkungsteuer für verfassungswidrig erklärt. Anlass des Urteils war insbesondere die starke Bevorzugung und Verschonung von Betriebsvermögen gegenüber anderen Vermögensarten. Durch die Erbschaftsteuerreform 2008 der Großen Koalition wurden Betriebsvermögen in den letzten Jahren großflächig von der Besteuerung ausgenommen. Da Betriebsvermögen aber häufig zu den größten Vermögensübertragungen überhaupt zählen, ging deshalb vor allem im Bereich großer Vermögenserwerbe die effektive Steuerlast zwischen 2009 und 2013 spürbar zurück und ist inzwischen bei größeren Erbschaften stark regressiv. Der effektive Steuersatz bei Erbschaften und Schenkungen über 20 Millionen Euro betrug im Jahr 2013 gerade einmal 2,9 Prozent (Abbildung 14).

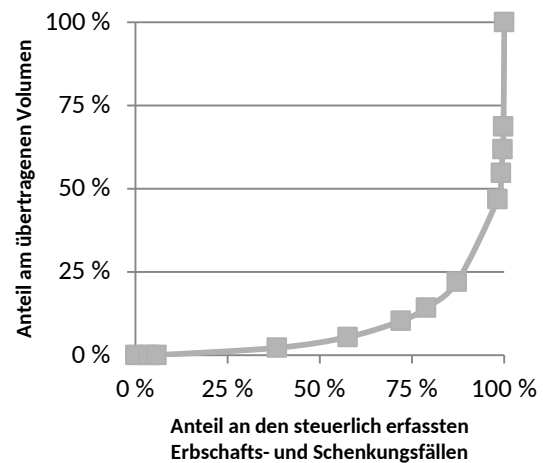
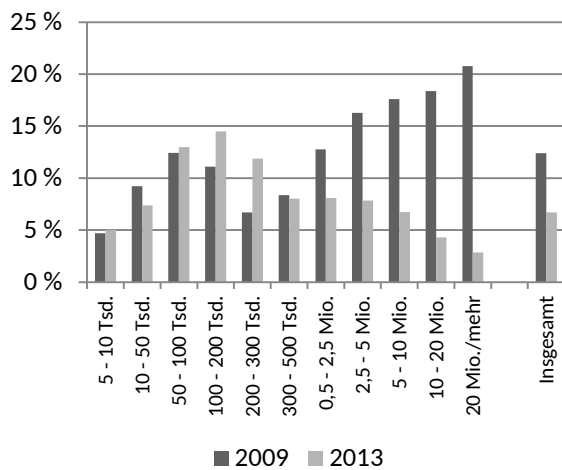


Abbildung 14: Effektive Durchschnittssteuersätze für Erbschaften und Schenkungen nach Wert der Erwerbe vor Freibeträgen. Quelle: Statistisches Bundesamt, Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik (2009, S. 21, 2013, S. 17).

Abbildung 15: Konzentration des übertragenen Vermögens vor Freibeträgen auf die Erbschafts- und Schenkungsfälle in 2013. Quelle: Statistisches Bundesamt, Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik (2013, S. 17).

Die Steuerstatistik zeigt auch wie konzentriert das Vermögen aus Erbschaften und Schenkungen ist – ein Großteil des übertragenen Vermögens konzentriert sich auf sehr wenige Erbschafts- und Schenkungsfälle (Abbildung 15). Die Hälfte aller von der Steuer erfassten Fälle macht nicht einmal fünf Prozent des übertragenen Vermögens aus. Sortiert man die Erbschaften und Schenkungen nach ihrer Höhe, dann stellen 90 Prozent aller Vermögensübergänge gerade mal ein Viertel des Gesamtvolumens in der Steuerstatistik. Drei Viertel des Volumens konzentrieren sich auf die 10 Prozent der größten Vermögensübertragungen, fast die Hälfte des erfassten Vermögens konzentriert sich auf etwa ein Prozent aller Steuerveranlagungen in der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik. Im Vergleich der letzten Jahre hat diese Konzentration noch deutlich zugenommen.

Die hohe Konzentration des übertragenen Vermögens auf wenige Erbschafts- bzw. Schenkungsfälle wird umso deutlicher, wenn man sich bewusst macht, dass allein 356 Personen im Jahr 2013 über 22 Milliarden Euro zusätzliches Vermögen übertragen wurde. Betrachtet man lediglich die 168.259 in der Steuerstatistik 2013 erfassten Fälle und das dort erfasste Vermögen von 70,36 Mrd. Euro, dann haben 0,2 Prozent der Vermögensempfänger über 31 Prozent des gesamten Erbschafts- und Schenkungsvolumens in 2013 erhalten. Jeder von ihnen im Schnitt fast 62 Millionen Euro.

Ergebnis 9: Die Datengrundlage bzgl. der übertragenen Erbschaften und Schenkungen bleibt trotz vieler Bemühungen noch immer sehr dürftig. Auf Basis der Steuerstatistik und den Haushaltsbefragungen lässt sich eine sehr konservative Untergrenze von etwa 80 Milliarden Euro Erbschafts- und Schenkungsvolumen pro Jahr abschätzen.

Es gab 2013 laut der offiziellen Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik des Statistischen Bundesamts genau 168.259 erfasste Erbschafts- und Schenkungsfälle. In der Steuerstatistik werden jedoch lediglich Fälle berücksichtigt, die zu einer Steuerfestsetzung führen – aufgrund der hohen Freibeträge und zahlreicher Ausnahmeregelungen werden deshalb viele Vermögensübergänge gar nicht erst erfasst und tauchen in der Statistik nicht auf. Entsprechend erklärt das Statistische Bundesamt in den Erläuterungen zur Statistik, es sei „davon auszugehen, dass die überwiegende Zahl der Erwerbe aufgrund der Freibeträge zu keiner Steuerfestsetzung führt und somit in der Statistik nicht enthalten ist.“ (Statistisches Bundesamt, Qualitätsbericht Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik, 2013, S. 5) Nach Berechnungen des DIW auf Grundlage der SOEP-Haushaltsbefragung kommen zu den in der Steuerstatistik erfassten Fällen noch einmal mehr als eine Million nicht erfasste Fälle, so dass insgesamt von ungefähr 1,2 Millionen Erbschaft- und Schenkungsfällen pro Jahr auszugehen ist. In der Steuerstatistik wären demnach weniger als fünfzehn Prozent aller Erbschaften und Schenkungen enthalten. Mit Sicherheit sagen lässt sich die Fallzahl auf Grundlage der verfügbaren Daten nicht.

Die grünregierten Länder und die grüne Bundestagsfraktion haben sich in den letzten Jahren auch jenseits der verfassungsrechtlichen Prüfung bereits intensiv mit Reformoptionen für die Erbschaft- und Schenkungsteuer beschäftigt. Das DIW hat dazu ein umfangreiches Gutachten für die Fraktion erarbeitet (siehe Bach et al., 2014b). Eine der zentralen Botschaften des Gutachtens ist, dass insgesamt nur etwa 62 Mrd. Euro pro Jahr verschenkt und vererbt würden und eine – von den Grünen angestrebte – Steigerung des Steueraufkommens deshalb erheblich schwieriger wäre als gedacht.

Die neusten Zahlen des Statistischen Bundesamts stellen diesen Betrag jedoch deutlich infrage. Für 2012 sind allein in der Steuerstatistik über 62, für 2013 sogar über 70 Mrd. Euro Erbschafts- und Schenkungsvolumen ausgewiesen. Angesichts der Tatsache, dass nicht einmal ein Fünftel aller Erbschaften in der Steuerstatistik erfasst wird, liegt das tatsächlich übertragene Vermögen also in beiden Jahren deutlich über den vom Statistischen Bundesamt ausgewiesenen Werten und somit auch deutlich über dem vom DIW prognostizierten Erbschafts- und Schenkungsvolumen von 62 Mrd. Euro.

Im Gutachten von Bach et al. werden die nicht in der Steuerstatistik erfassten Erbschaften und Schenkungen mit einem Volumen von 17 Milliarden Euro geschätzt, wobei geringfügige Vermögensübertragungen unterhalb einer Schwelle von 10.000 Euro in dieser Zahl nicht enthalten sind. Nimmt man die 17 Mrd. als konservative Schätzung für das nicht von der offiziellen Statistik erfasste Vermögen, dann lag das tatsächliche Erbschafts- und Schenkungsvolumen im Jahr 2012 bei mindestens 79, in 2013 bei über 87 Milliarden Euro und damit um mindestens 30-50 Prozent höher als im DIW-Gutachten ausgewiesen. Schätzungen auf Basis der HFCS-Befragungsdaten der Bundesbank ebenso wie Projektionen auf Grundlage aggregierter Vermögensbilanzen gehen sogar von einem Erbschafts- und Schenkungsvolumen von über 100 Mrd. Euro pro Jahr aus.

Als konservative Untergrenze kann in jedem Fall von einem Erbschafts- und Schenkungsvolumen von 80 Milliarden Euro pro Jahr ausgegangen werden. Aufgrund der unzureichenden Datengrundlage und zahlreichen Unsicherheiten bei der Bewertung insbesondere von Betriebsvermögen sind genauere Aussagen zur Vermögensübertragung schwer zu treffen.

Quellen

- BACH, STEFAN, MARTIN BEZDOSKA UND VIKTOR STEINER (2014a): [A Wealth Tax on the Rich to Bring Down Public Debt? Revenue and Distributional Effects of a Capital Levy in Germany](#), Fiscal Studies, 35 (1), S. 67-89.
- BACH, STEFAN, GIACOMO CORNEO UND VIKTOR STEINER (2013): [Effective Taxation of Top Incomes in Germany](#), German Economic Review, 14 (2), S. 115-137.
- BACH, STEFAN, HENRIETTE HOUBEN, RALF MAITERH UND RICHARD OCHMANN (2014b): [Aufkommens- und Verteilungswirkungen von Reformalternativen für die Erbschaft- und Schenkungsteuer. Forschungsprojekt im Auftrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen](#), DIW Berlin, Politikberatung kompakt 83.
- BARTELS, CHARLOTTE UND KATHARINA JENDERNY (2014): [The Role of Capital Income for Top Incomes Shares in Germany](#), Diskussionspapiere des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaft der Freien Universität Berlin, 2014/32.
- BEZRUKOV, DENISS (2013): [The role of housing in wealth inequality in Eurozone countries](#), präsentiert auf der EZB Conference on Household Finance and Consumption, 17.-18. Oktober 2013.
- BIEWEN, MARTIN UND ANDOS JUHASZ (2012): [Understanding Rising Income Inequality in Germany 1999/2000–2005/2006](#), Review of Income and Wealth, 58(4), S. 622-647.
- BÖNKE, TIMM, GIACOMO CORNEO UND HOLGER LÜTHEN (2015): [Lifetime Earnings Inequality in Germany](#), Journal of Labor Economics, 33 (1), S. 171-208.
- BÖNKE, TIMM UND HOLGER LÜTHEN (2014): [Lebenseinkommen von Arbeitnehmern in Deutschland: Ungleichheit verdoppelt sich zwischen den Geburtsjahrgängen 1935 und 1972](#), DIW Wochenbericht 49.2014, S. 1271-1277.
- DELL, FABIEN (2005): [Top Incomes in Germany and Switzerland Over the Twentieth Century](#), Journal of the European Economic Association, Papers and Proceedings, 3 (2/3), S. 412-421.
- DUSTMANN, CHRISTIAN, JOHANNES LUDSTECK UND UTA SCHÖNBERG (2009): [Revisiting the German Wage Structure](#), Quarterly Journal of Economics, 124 (2), S. 843-881.
- FRICK, JOACHIM R. UND MARKUS M. GRABKA (2010): [Alterssicherungsvermögen dämpft Ungleichheit – aber große Vermögenskonzentration bleibt bestehen](#), DIW Wochenbericht 3/2010, S. 2-12.
- OECD (2013): [Pensions at a Glance 2013: OECD and G20 Indicators](#), OECD Publishing.
- PEICHL, ANDREAS, NICO PESTEL UND HILMAR SCHNEIDER (2012): [Does size matter? The impact of changes in household structure on income distribution in Germany](#), Review of Income and Wealth, 58 (1), S. 118-141.
- PIKETTY, THOMAS (2014): [Capital in the Twenty-First Century](#), Harvard University Press.
- SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG (2014): [Mehr Vertrauen in Marktprozesse](#), Jahresgutachten 2014/2015.
- VERMEULEN, PHILIP (2014): [How Fat is the Top Tail of the Wealth Distribution?](#), European Central Bank Working Paper Series, No. 1692.